nachteilig auf den unterhaltsberechtigten Ehegatten und die bei ihm lebenden Kinder auswirken kann.

Soweit die allgemeinen Voraussetzungen für die Unterhaltungspflicht bestehen, können deshalb auch solche Prozeßkosten als Unterhalt geltend gemacht werden. Es wird hier lediglich zu prüfen sein, ob je nach Höhe dieser Verbindlichkeiten neben dem bereits regelmäßig gezahlten Unterhalt ein zusätzlicher Unterhaltsbeitrag nach den beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist.

Aus alledem ergibt sich, daß im vorliegenden Verfahren die Voraussetzungen für eine Verurteilung des Verklagten, die der Klägerin aus dem Strafprozeß entstandenen Kosten im Rahmen seiner Unterhaltungspflicht zu zahlen, nicht vorliegen. Zwar besteht eine Unterhaltungspflicht des Verklagten nach § 17 FGB; jedoch ist der Prozeß, aus dem die Kosten stammen, nicht als notwendiger Prozeß anzusehen. Wenngleich nach dem Strafurteil kein Zweifel daran besteht, daß die strafbare Handlung der Klägerin mit den Ehekonflikten in Zusammenhang stand und auch der Verklagte und seine jetzige Ehefrau, die durch die Straftat Geschädigte, sich in einer gesellschaftlich nicht zu billigen Weise verhalten haben, so rechtfertigt dies doch nicht das Verhalten der Klägerin. Vielmehr war diese in der Lage, ihre Rechte auf die vom Gesetz vorgesehene Weise wahrzunehmen. Es stand ihr auch frei, sich im Strafverfahren einen Rechtsanwalt zu nehmen; unter den gegebenen Umständen können diese Kosten aber nicht als notwendiger Lebensaufwand und damit als Unterhaltforderung gegen den unterhaltspflichtigen Verklagten geltend gemacht werden.

Arbeitsrecht

§43 AGO; OG-Richtlinie Nr. 28; §53 GBA; §9 Prämien VO 1968; §8 der 1. DB zur Prämien VO 1968 i. d. F. des §2 der 2. DB.

1. Für die Sachdienlichkeit der Rücknahme eines vor der Konfliktkommission gestellten Antrags, die im gerichtlichen Verfahren bis zur Verkündung einer verfahrensbeendenden Entscheidung zulässig ist, gelten im Prinzip die für eine Klagerücknahme anzuwendenden Grundsätze.

2. Durch die Bestätigung der Rücknahme stellt das Gericht fest, daß im Ergebnis der Klage- oder der Antragsrücknahme kein gesetzwidriger oder rechtlich ungeklärter Zustand aufrechterhalten wird oder rechtlich geschützte Interessen einer Partei verletzt werden. Hierin ist die Sachdienlichkeit der Parteierklärung zu erblicken, mit der die Beilegung des Rechtsstreits erstrebt wird. Sie hat zur Voraussetzung, daß sich die Parteien — auch mit Unterstützung des Gerichts — ein im wesentlichen richtiges Bild von der Sach- und Rechtslage gemacht haben, das sie befähigte, sachlich und rechtlich angemessen zu handeln.

3. Der gesetzliche Grundsatz der Betriebszugehörigkeit des Werk tätigen während des gesamten Planjahres als eine Voraussetzung für die Gewährung von Jahresendprämie ist in dem Sinne zu verstehen, daß der Werk tätige während des gesamten Planjahres im Betrieb gearbeitet hat, sofern er nicht aus rechtlich anzuerkennenden Gründen zeitweilig an der Arbeitsleistung verhindert war oder durch ausdrückliche Regelung Ausnahmen festgelegt sind.

OG, Beschl. vom 29. Januar 1971 — Ua 8/70.

Der Verklagte hat in den Jahren 1967, 1968 und 1969 an die bei ihm beschäftigten Werk tätigen Jahresend-

prämien gezahlt. Der Kläger, der von 1963 an beim Verklagten tätig ist, erhielt für das Jahr 1967 und für das Jahr 1968 Jahresendprämie. Für das Jahr 1969 wurde ihm durch Entscheidung des Betriebsleiters im Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung keine Jahresendprämie gewährt. Zur Begründung" führte der Betrieb an, daß der Kläger wegen von ihm begangener Straftaten im Jahre 1969 zeitweilig in Untersuchungshaft gewesen sei und somit dem Betrieb nicht während des gesamten Planjahres angehört habe. Ein begründeter Ausnahmefall für einen Anspruch auf anteilige Jahresendprämie liege nicht vor.

Durch rechtskräftig gewordenes Urteil des Bezirksgerichts wurde der Kläger wegen mehrfacher Straftaten zum Nachteil sozialistischen Eigentums zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Auf Antrag des Klägers verpflichtete die Konfliktkommission den Verklagten, an den Kläger für das Jahr 1969 den vorgesehenen Betrag der Jahresendprämie zu zahlen. Auf der Grundlage dieses Beschlusses zahlte der Verklagte an den Kläger 130 M, die dieser später wieder zurückzahlte.

Gegen den Beschluß der Konfliktkommission erhob der Staatsanwalt "Klage (Einspruch) und beantragte, den Streitfall vor dem Bezirksgericht als Gericht erster Instanz zu verhandeln und zu entscheiden.

Der Kläger nahm an der mündlichen Verhandlung nicht teil. Er teilte dem Gericht wiederholt schriftlich mit, daß er seinen vor der Konfliktkommission gestellten Antrag zurücknehme, die 130 M Jahresendprämie an den Betrieb zurückgezahlt und darauf bezogene Forderungen nicht mehr habe.

Das Bezirksgericht hat den Beschluß der Konfliktkommission geändert und den Verklagten verurteilt, an den Kläger 130 M als Jahresendprämie für das Jahr 1969 zu zahlen.

Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt des Bezirks Protest (Berufung) eingelegt.

Der Kläger hat erklärt, daß er bei seinen schriftlichen Erklärungen gegenüber dem Bezirksgericht verbleibt, womit er den Antrag vor der Konfliktkommission zurückgenommen hat.

Aus den G r ü n d e n :

Die vom Kläger in dem Verfahren vor dem Senat erneut erklärte Rücknahme seines bei der Konfliktkommission gestellten Antrags war zu bestätigen:

Die Rücknahme eines vor der Konfliktkommission gestellten Antrags ist im gerichtlichen Verfahren bis zur Verkündung einer verfahrensbeendenden Entscheidung zulässig. Ist die Rücknahme sachdienlich, hat sie das Gericht unter entsprechender Anwendung des § 43 AGO zu bestätigen (Ziff. 6.6.4. Buchst. b der Richtlinie Nr. 28 des Plenums des Obersten Gerichts zum Zusammenwirken der Gerichte mit den Konfliktkommissionen vom 25. März 1970 [GBl. II S. 251; NJ-Beilage 1/70; Arbeit und Arbeitsrecht 1970, Heft 9, S. 265]). Für die Sachdienlichkeit der Rücknahme eines vor der Konfliktkommission gestellten Antrags gelten im Prinzip die für eine Klagerücknahme vom Obersten Gericht herausgearbeiteten Grundsätze. Hiernach ist die Rücknahme des vor der Konfliktkommission gestellten Antrags sachdienlich, wenn sie zum Ausdruck bringt, daß die Parteien den Rechtsstreit durch eigenes Handeln sachlich und rechtlich angemessen beendet haben (OG, Urteil vom 29. Juni 1963 — Za 11/63 — OGA Bd. 4 S. 179; Arbeit und Arbeitsrecht 1964, Heft 1, S. 23).

Das gesetzliche Erfordernis, daß die Klagerücknahme bzw. die Rücknahme eines vor der Konfliktkommission gestellten Antrags der Bestätigung durch das Gericht bedarf (§ 43 Abs. 1 AGO), bezweckt nicht, die Verfügungsbefugnis der Parteien über den Streitgegenstand einzuschränken. Sein Anliegen besteht vielmehr darin, dem Gericht die Möglichkeit zu geben, die Par-